

Antrag 93/II/2025**KDV Steglitz-Zehlendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: ASJ (Konsens)****Keine Ausnahmen bei Queerfeindlichkeit – Schutz vor Beleidigung muss für alle queeren Menschen gelten!**

1 Wir fordern die Erweiterung des Paragraphen 192a StGB
 2 um den Schutz vor Angriffen und Hassrede aufgrund
 3 des Merkmals Geschlecht, insbesondere geschlechtli-
 4 cher Identität, um verhetzende Beleidigungen gegenüber
 5 trans*, inter*, nicht-binären und agender* Personen in den
 6 Straftatbestand mit aufzunehmen.

7
 8 Eine mögliche neue und diversitätssensible Formulierung
 9 könnte lauten:

10
 11 „§ 192a Verhetzende Beleidigung
 12 Wer einen Inhalt (§ 11 Absatz 3), der geeignet ist, die Men-
 13 schenwürde anderer dadurch anzugreifen, dass er eine
 14 durch ihre nationale, rassische, religiöse oder ethnische
 15 Herkunft, ihre Weltanschauung, ihre Behinderung, ihr Ge-
 16 schlecht oder ihre sexuelle Orientierung und geschlecht-
 17 liche Identität bestimmte Gruppe oder einen Einzelnen
 18 wegen dessen Zugehörigkeit zu einer dieser Gruppen be-
 19 schimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet,
 20 an eine andere Person, die zu einer der vorbezeichneten
 21 Gruppen gehört, gelangen lässt, ohne von dieser Person
 22 hierzu aufgefordert zu sein, wird mit Freiheitsstrafe bis zu
 23 zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.“ Wir fordern dar-
 24 über hinaus die Erweiterung des Paragraphen 130 Absatz 1
 25 StGB um den Schutz von queeren Menschen vor Volksver-
 26 hetzung aufgrund des Merkmals Geschlechts, insbeson-
 27 dere geschlechtlicher Identität, oder aufgrund ihrer sexu-
 28 ellen Orientierung.

29 Eine möglich neue und diversitätssensible Formulierung
 30 könnte lauten:

31 „§130 Volksverhetzung
 32 • Wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen
 33 Frieden zu stören,
 34 1. Gegen eine nationale, rassische, religiöse oder durch
 35 ihre ethnische Herkunft bestimmte Gruppe, gegen
 36 Teile der Bevölkerung oder gegen einen Einzelnen
 37 wegen dessen Zugehörigkeit zu einer vorbezeichne-
 38 ten Gruppe oder zu einem Teil der Bevölkerung oder
 39 durch ihr Geschlecht oder ihre sexuelle Orientierung
 40 und geschlechtliche Identität bestimmten Gruppe
 41 zum Hass aufstachelt, zu Gewalt- oder Willkürmaß-
 42 nahmen auffordert oder
 43 2. die Menschen würde anderer dadurch angreift, dass
 44 er eine vorbezeichnete Gruppe, Teile der Bevölke-
 45 rung oder einen Einzelnen wegen dessen Zugehö-
 46 rigkeit zu einer vorbezeichneten Gruppe oder z ei-
 47 nem Teil der Bevölkerung oder durch ihr Geschlecht

oder ihre sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität bestimmten Gruppe beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.““

Begründung

Der Paragraph 192a Strafgesetzbuch regelt die Strafschrift der „verhetzenden Beleidigung“:

„§ 192a Verhetzende Beleidigung

Wer einen Inhalt (§ 11 Absatz 3), der geeignet ist, die Menschenwürde anderer dadurch anzugreifen, dass er eine durch ihre nationale, rassische, religiöse oder ethnische Herkunft, ihre Weltanschauung, ihre Behinderung oder ihre sexuelle Orientierung bestimmte Gruppe oder einen Einzelnen wegen dessen Zugehörigkeit zu einer dieser Gruppen beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet, an eine andere Person, die zu einer der vorbenannten Gruppen gehört, gelangen lässt, ohne von dieser Person hierzu aufgefordert zu sein, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.“

Durch diese Regelung sollen u.a. Menschen geschützt werden, die aufgrund ihrer sexuellen Identität/Orientierung Queerfeindlichkeit und queerfeindliche Angriffe erfahren, z.B. durch die Zusendung hassmotivierter Zuschriften. Dabei werden Angriffe aufgrund des Merkmals „Geschlecht“ und „Geschlechtsidentität“ jedoch außen vor gelassen. Trans*, inter*, nicht-binäre und agender* Personen werden folglich nicht geschützt, obwohl sie am häufigsten von derartigen Angriffen, Hassverbrechen, Hassrede und Mehrfachdiskriminierung aufgrund von geschlechtlicher und sexueller Identität diskriminiert werden. Die unterschiedliche Behandlung queerer Personengruppen ist willkürlich und entbehrt rechtlicher Grundlage. Hier wird folglich eine Ungleichbehandlung festgeschrieben.